

4. daß die Verfolgung der antimilitaristischen, demokratischen und der Völkerfreundschaft dienenden Organisationen in Westdeutschland und Westberlin eingestellt wird und die Verfahren gegen Angehörige dieser Organisationen niedergeschlagen und die Betroffenen freigelassen werden;
5. daß in der Bundesrepublik und in Westberlin die Tätigkeit aller militaristischen Verbände und neofaschistischen Organisationen verboten wird, daß der administrative und der Gerichtsapparat von nazistischen und antisemitischen Elementen gereinigt werden;
6. daß die Regierungen in beiden Teilen Deutschlands zum Schutze der Anhänger des Friedens, der Entspannung und der Verständigung gleiche Strafbestimmungen gegen Kriegshetze, Rassen- und Völkerhetze schaffen;
7. daß beide Regierungen ihre Bereitschaft erklären, nach allen Kräften zur weiteren Entwicklung handelsökonomischer, kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands beizutragen;
8. daß nach allen Kräften die persönlichen Kontakte der Mitglieder der Volksvertretungen, der Vertreter politischer Parteien und Organisationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik sowie der gegenseitige Austausch von Parlamentsdelegationen gefördert werden.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik unterstützt besonders den Vorschlag der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, als ersten Schritt zu gemeinsamen Besprechungen der Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik die Prüfung der beiderseitig aufgeworfenen Fragen durch eine aus Vertretern beider Teile Deutschlands bestehende Kommission vorzunehmen.“

11. 6.1956

Präsident der Volkskammer Dr. Johannes Dieckmann antwortet auf das Schreiben vom 24. 5. 1956 des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland Bischof Dr. D. Dibelius. In dem Schreiben des Präsidenten Dr. Dieckmann heißt es u. a.:

„Bekanntlich hat nun vor wenigen Tagen - am 29. Mai 1956 - die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik auf Grund der vom Vorsitzenden des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerpräsident